

polar
POLITIK | THEORIE | ALLTAG

€[D]14,- | €[A]14,40 | sFr 18,00

20

Frühjahr 2016

In Wahrheit

#Expertokratie

Was ist Politikberatung? | Spekulativer/Spektakulärer Realismus | Real/
Richtig | Der Streit um das Allgemeine | Die Idee der Partei | Öffentliche
Intellektuelle | Technokratie in der Krise | Die Nonchalance der Kommis-
sion | Verschwörungstheorien | Wirklichkeitskünste | Künstlermanifeste

Liebe Leserin, Lieber Leser,

die offensiven Wahrheitsansprüche sind in die Gesellschaft zurückgekehrt, ob im Gewand des religiösen Fundamentalismus, des weltanschaulichen Wutbürgers oder auch des politischen Sachzwangs. Der Demokratie fällt die Entgegnung darauf nicht gerade leicht: Ist Demokratie nicht eine Regierungsform, die keine absoluten Wahrheiten verträgt? Entscheidet hier nicht Mehrheit statt Wahrheit? Andererseits: Menschenwürde, Freiheit und Gleichheit – sind das nicht Wahrheiten, auf die wir angewiesen sind? Und ist eine aufgeklärte Politik nicht permanent auf wissenschaftliche Erkenntnisse angewiesen, wenn sie gelingen soll?

Es ist jedenfalls nicht erstaunlich, dass Politik und Staat wissenschaftliche Erkenntnisse in einer immer komplexeren Welt nachfragen und sich die wissenschaftliche Politikberatung zu einem wirkungsmächtigen politischen Faktor entwickelt hat. Aber wie politisch, wie interessengeleitet ist die Wissenschaft selbst? Und was rechtfertigt die politische Berufung auf wissenschaftliche Aussagen?

Dabei beruft sich nicht nur die institutionelle Politik auf wissenschaftliche Nachweise, die Bürger der »neuen Protestbewegungen« sehen oftmals »nichts als die Wahrheit« auf ihrer Seite. Befeuert werden sie dabei durch das Netz mit seinen zahlreichen Paralleluniversen, in denen die unterschiedlichen »Wahrheiten«, der Hass und das Verschwörungsgefühl gehegt und gepflegt werden.

polar stellt in der vorliegenden Ausgabe die elektrisierende Frage nach dem Verhältnis von Demokratie und Wahrheit, von Politik und Wissenschaft. Braucht Politik einen Wahrheitsbegriff? Einen Wahrheitsanspruch? Welche empirischen und normativen Begriffe von Wahrheit gibt es eigentlich? Wir freuen uns über ein Heft zu einem entscheidenden Aspekt unseres Politikverständnisses.

Carl Friedrich Gethmann eröffnet das Heft mit einem Plädoyer für die emanzipatorische Wirkung von Wissenschaft für die Gestaltung unserer Gesellschaft (S. 9). Thomas Biebricher beschreibt den aktuellen Hype politischer Technokratie als Phänomen der Krise am Beispiel staatlicher Überschuldung in Europa (S. 15). Hier knüpft unmittelbar Rudolf Speths Kritik am Rückzug der Demokratie in den Schatten der Experten an (S. 21). Angesichts der Flut von Kommissionen und Beratungsgremien, auf die der Bundestag zurückgreift, will Ulrike Meyer im politischen Diskurs die Kategorie der »Wahrheit« lieber durch die der »Werte« ersetzt sehen (S. 27). Im Internetprojekt Wikipedia garantieren ehrenamtliche Autorinnen und Autoren Transparenz, wie Jan Engelmann darlegt (S. 33). Die Entscheidung über wahr und falsch treffen aber längst nicht mehr nur Menschen, sondern auch die algorithmischen Verknüpfungen von Daten. Oliver Lepsius beschreibt die Rolle

des Bundesverfassungsgerichts als Garant eines funktionierenden politischen Prozesses, und verweist auf die Gefahr, dass das Gericht die Aufgabe des Gesetzgebers übernimmt (S. 39). Um den Anspruch kritischer Wissenschaftlichkeit geht es im Interview mit der Gender-Forscherin Gabriele Dietze (S. 45). Dagegen untersucht Thomas Hoffmann, wie sich alternative »Wahrheiten« zu Verschwörungstheorien verhärten (S. 51). Hans Peter Peters beendet den ersten Teil mit einem Blick auf den medialen Trend, eigenständigen Wissenschaftsjournalismus durch bloße Expertenbefragungen zu ersetzen (S. 57).

Fragen wir nochmals grundsätzlicher nach den Wahrheitsansprüchen der Philosophie und der Kunst. Rainald Goetz führt – zu Beginn des zweiten Teils – die wechselseitige Bedingung von »Spekulation« und »Realität« als literarisches Programm vor (S. 73). Der selbsternannte »Neue Realismus« bedient die uralte Sehnsucht nach der Möglichkeit reiner Wahrheit, etwa Maurizio Ferraris, der sich in seinem philosophischen Manifest explizit von Konstruktivismus und Postmoderne abwendet (S. 80). Für wenig erhellend befindet Annika Bender diesen Ansatz aus kunstkritischer Perspektive (S. 88). Vor der Gefahr, dass Philosophen zu aktuellen politischen Fragen vorschnell »aus der Hüfte schießen«, warnt Thomas Schramme (S. 98). Ludger Schwarte reflektiert über die Wahrheit in Bildern und ihre Aussage- und Beweiskraft (S. 107). Michael Eggers beschreibt, wie die Dokumentation als neue Gattung in Kunst und Medien aufstieg und eine neue Verarbeitung der Realität einführte (S. 114). Schließlich widmet sich Achim Geisenhanslüke dem schwierigen Verhältnis von Literatur und Wahrheit (S. 118).

Im letzten Teil kommt die institutionelle Politik zurück. Peter Siller reaktualisiert die Parteien als entscheidende Institution der demokratischen Auseinandersetzung um das allgemein Richtige, um die allgemeine Gesetzgebung (S. 146). Entgegen dem Verdruss und der Abkehr bedarf es einer Wiederentdeckung und Selbstvergewisserung dieser elementaren Formation. Michael Koß schließlich beschreibt Krisenphänomene als ganz normale »demokratische Nebenwirkungen« und mahnt dazu, den Parlamentarismus deshalb nicht krank zu reden (S. 162).

Manfred Holtfrerich spielt in seinen hyperrealistischen Zeichnungen von Blättern mit der Grenze zwischen Darstellung und Realität (S. 6). Die Bildserie »Hacking the Future and Planet« von Klaus Schafler beleuchtet das Problem wissenschaftlicher Lösungen für die Klimazerstörung (S. 64). Olafur Eliasson dagegen setzt sich in den dokumentierten Objekten seines »Model Room« mit naturwissenschaftlichen Phänomenen von Licht, Wasser und Luft auseinander (S. 96). Bethan Huws schließlich konfrontiert in ihren »Text-Vitrinen« ein Gedicht von Apollinaire mit Dokumentarbildern aus aktuellen Tierfilmen (S. 136).

Für die Redaktion

Peter Siller, Bertram Lomfeld





VERMITTELN

Macht und Befreiung 9
 Wissenschaftliche Politikberatung in Deutschland
 Carl Friedrich Gethmann

Die Nonchalance der Kommission 15
 Technokratie in der Krise
 Thomas Biebricher

Lasst uns nur machen 21
 Demokratieverlust durch Expertokratie
 Rudolph Speth

Politik mit Tarnkappe 27
 Warum Demokratie Werte statt Wahrheit braucht
 Ulrike Meyer

Wahrheit ist Arbeit 33
 Wikipedianer als Fehlerfinder
 Jan Engelmann

Eine Super-Nanny? 39
 Das Bundesverfassungsgericht als Garant eines funktionierenden politischen Prozesses
 Oliver Lepsius

Sexualität und Wahrheit 45
 Interview Gabriele Dietze

Verschwörungstheorien 51
 Wenn aus vernünftiger Sinnstiftung prekärer Nonsense wird
 Thomas Hoffmann

Zwickmühle des Wissens 57
 Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler im öffentlichen Diskurs
 Hans Peter Peters

Der wahre Text: >Schlagworte< 62
 Neue Berliner Sprachkritik

VERMUTEN

Spekulativer Realismus 73
 Rainald Goetz

Manifest des neuen Realismus 80
 Ein Auszug
 Maurizio Ferraris

Spektakulärer Realismus 88
 Kunstkritische Anmerkungen zum Spekulativen Realismus
 Annika Bender

Wenn Philosophen aus der Hüfte schießen 100
 Die Untiefen angewandter Ethik
 Thomas Schramme

Wahrheit in Bildern 107
 Das Unvordenkliche zeigen
 Ludger Schwarte

Echt jetzt. 114
 Die neue Wirksamkeit der Künste und Medien
 Michael Eggers

Ein schwieriges Verhältnis 118
 Über Literatur und Wahrheit
 Achim Geisenhanslüke

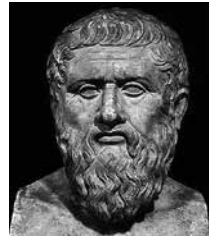
MEIN HALBES JAHR

>Comic< · Peter Siller 124

>Musik< · Johannes von Weizsäcker 132

>Film< · Matthias Dell 134

>Literatur< · Johanna-Charlotte Horst 166



VERHANDELN

Der Streit um das Allgemeine 145
Parteien als entscheidende Institution in der demokratischen Auseinandersetzung
Peter Siller

Demokratische Nebenwirkungen 162
Gibt es eine Krise des Parlamentarismus?
Michael Koß

Ist es links?: >Wahrheit< 168
Arnd Pollmann/Stefan Huster/Bertram Lomfeld/Peter Siller

**Leben im Kapitalismus:
>Die Sache mit Hitler<** 170
Ina Kerner

Bildpolitik: >Politik des Wissens< 172
Martin Saar

SCHÖNHEITEN

Logik und Verbrechen 175
Sherlock Holmes im TV
Luísa Banki

Sokratik und Sophistik 176
Platons *Gorgias*-Dialog
Tilman Salomon

Stimme des Gewissens 177
Salvador Allendes letzte Rede
Franziska Humphreys

Immer der Nase nach 178
Die Graphic Novel *Quai d'Orsay*
Christoph Raiser

Sie waren Humanisten 179
Michel Houellebecq's *Soumission*
Patrick Thor

Candy Says 180
Thomas Meineckes *Lookalikes*
Elias Kreuzmair

Information Is Power 181
Aaron Swartz' *The Info Network*
Ann-Charlotte Günzel

Umkämpfte Demokratie 183
Wendy Browns *Schleichende Revolution*
Julia Roth

Unwürdige Performance 184
Die Stunde der Dilettanten von Thomas Rietzschel
Kerstin Carlstedt

Glühende Bekenntnisse 185
Künstlermanifeste als Provokation der Wahrheit
Anna-Catharina Gebbers

Roundtable 188

Autorinnen und Autoren 190

Impressum 192

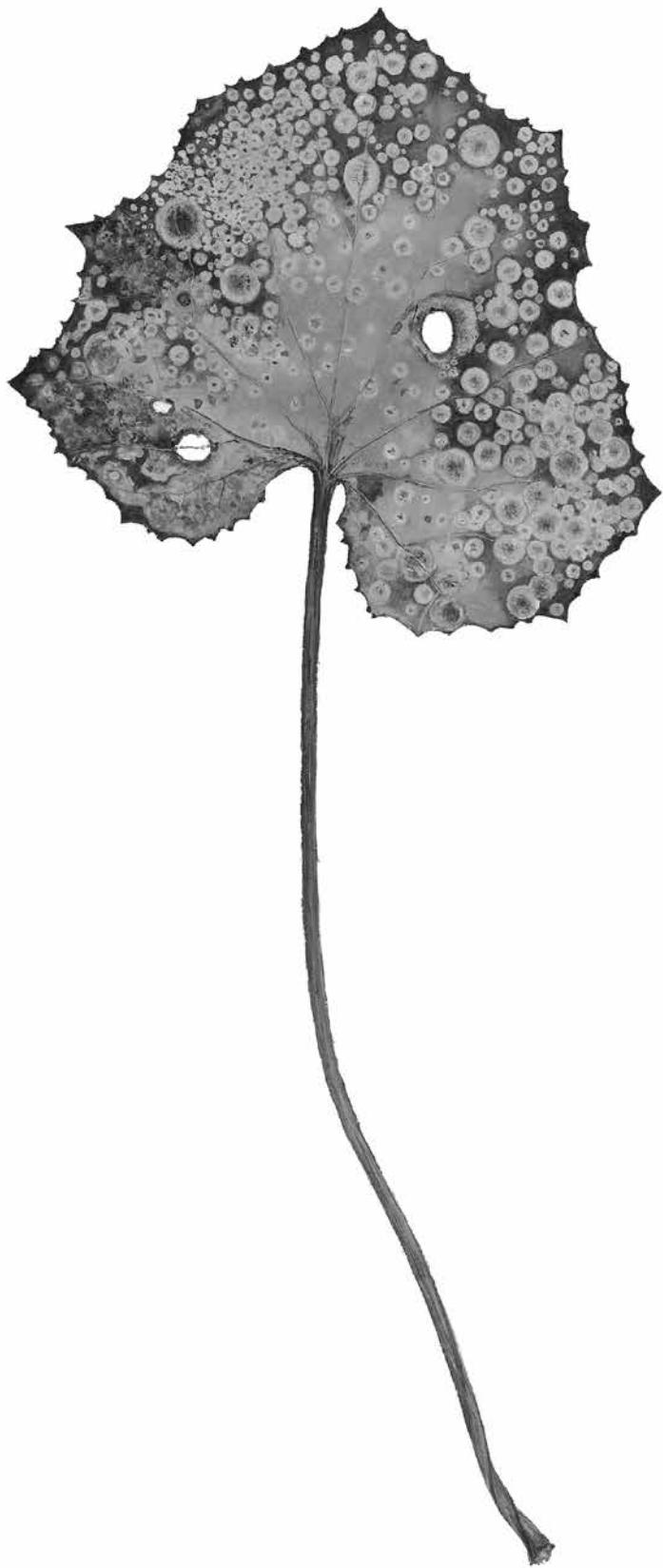
Manfred Holtfrerich

Blätter

Manfred Holtfrerich ist ein Hamburger Maler, Zeichner und Bildhauer, der sich in seiner Kunst strukturelle Fragen stellt wie »Was ist ein Bild« oder »Wie funktioniert das Bildhafte eines Objektes«. Ästhetische Basisbedingungen also, die zugleich Grundlagen von Wahrnehmung sind, werden von ihm so sinnlich wie präzise analysiert. Seine Serie der »Blätter« erinnert mit ihren akribisch genauen, wenn man so will: »realitätsgetreuen« und »täuschend echten« Zeichnungen von herbstlichen Blättern an die Tradition naturwissenschaftlicher Darstellungen von Pflanzen. Gleichzeitig behaupten sich diese seriell präsentierten »Blätter« als künstlerische Formulierungen. Manfred Holtfrerich beschreibt es selbst so: »Die Blätter zeigen sich wie sie sind als Blätter – so wie sie mir erscheinen, in ihrer Schönheit und Einzigartigkeit – frei von Interpretation.« Und er fügt hinzu: »Die Darstellung kippt irgendwann um, vom Zustand der Reproduktion zur Repräsentation.«

Raimar Stange





Macht und Befreiung

Wissenschaftliche Politikberatung in Deutschland

Neuzeitliche Wissenschaft ist nach dem philosophischen Programm ihrer Gründer und Verteidiger gerade nicht zweckfrei, sondern an einen allgemeinen humanen Zweck gebunden. Sie ermöglicht im gelingenden Falle, das Verfügungswissen zu erlangen, das gebraucht wird, um die Befreiung des Menschen von natürlichen und sozialen Zwängen zu bewirken. Weil Wissenschaft in diesem Sinne »praktisch« sein kann, ist sie das entscheidende kognitive Instrument, das die Gesellschaft benötigt, um das für politische Entscheidungen nötige Wissen zu erwerben. Allerdings ist Wissenschaft nicht selbst Politik: Sie ist nicht legitimiert, Entscheidungen der gesellschaftlichen Selbstorganisation zu treffen. Somit haben Wissenschaft, Gesellschaft und Staat in ein funktionelles Verhältnis von Beziehung und Unabhängigkeit zu treten, dessen gegenwärtige Ausgestaltung in Deutschland freilich wenig zufriedenstellend ist.

Wissenschaft und Macht

Wäre Wissenschaft ein Resultat zweck-loser Kontemplation, dann würde sie keine Folgen für die Gesellschaft haben und somit auch keine Probleme erzeugen, mit Ausnahme derjenigen Probleme, die sich daraus ergeben, dass Müßiggänger irgendeine materielle Subsistenz brauchen. Weswegen ja die vorneuzeitlichen Wissenschaftler und Philosophen in der Regel reich, unbedürftig oder als Mitglieder von Klostergemeinschaften beides waren. Die Macht, die neuzeitliche Wissenschaft demgegenüber ausübt, soll sie nach dem Konzept der Gründer neuzeitlicher Wissenschaft in der Tat im Rahmen einer Art Politikberatung, besser »Gesellschafts«beratung (J. Mittelstraß) ausüben, weil ja die Adressaten der Beratung nur vordergründig die politischen Akteure im engeren Sinne sind. Wenn Wissenschaft ein Element der Selbstorganisation wissenschaftlich-technisch geprägter Gesellschaften ist, dann sprechen wir eigentlich über eine Form der durch Wissenschaft vermittelten gesellschaftlichen *Selbst-Beratung*. Damit aber wird das Verhältnis der Wissenschaft als Macht zu denen, die Macht haben und sich im demokratischen Staat dafür legitimieren müssen, besonders problematisch. Die Experten für die möglichen Folgen des Wissens, die Wissenschaftler, sind ja gar nicht direkt legitimiert, Macht auszuüben.

Damit sind schon die Probleme, die das Stichwort von der wissenschaftlichen Politikberatung aufwirft, umrissen. Hier bezieht sich das Ethos der Wissenschaftler nicht nur auf das, was der Wissenschaftler selber als Wissenschaftler tut (z. B. das sorgfältige Experimentieren oder korrekte Argumentieren), sondern auf das, was er in die Gesellschaft hineintut und womit er mehr oder weniger weitgehend gesellschaftliche Entscheidungen beeinflusst und prägt. Es geht bei der Politikberatung keineswegs bloß um das Freizeithobby mancher Wissenschaftler oder um die Tätigkeit außerwissenschaftlicher »Anwender«, sondern um einen genuinen Aspekt wissenschaftlicher Arbeit in Erfüllung des »praktischen Sinns« der Wissenschaft. Dies kann jedoch als sinnvolle Aufgabe der Wissenschaften nur begriffen werden, wenn man Bacon, Leibniz, Kant und vielen anderen Theoretikern des neuzeitlichen Wissenschaftsverständnisses folgt, wonach es nicht nur Aufgabe der Wissenschaften ist, Verfügungswissen (poietisches Wissen) sondern auch Orientierungswissen (praktisches Wissen) bereitzustellen.

Wenn man das akzeptiert, beginnen aber die Probleme erst. Die deutsche Gesellschaft leidet derzeit ja nicht darunter, dass es zu wenige wissenschaftliche Expertengremien gäbe, in denen Wissenschaftler – oft neben anderen sogenannten »Vertretern des gesellschaftlichen Lebens« – ihre Expertise für die Politik zur Verfügung stellen. Im Gegenteil, wir haben uns derzeit mit dem Phänomen auseinanderzusetzen, dass es eine unübersehbare und im Übrigen auch unorganisierte Vielfalt von Gremien und Zuständigkeiten ohne klare wechselseitige Abgrenzung der Aufgaben und Zuständigkeiten gibt. Die Gründung eines Nationalen (jetzt Deutschen) Ethikrates neben einer Enquêtekommision des Bundestages mit ähnlicher Aufgabenstellung sowie neben Ethikräten der Länder (z. B. des Landes Rheinland-Pfalz) und der berufsständischen Organisationen (z. B. dem Ethikbeirat bei der Bundesärztekammer) mögen als Beleg für diese Diagnose ausreichen. Die Wochenzeitung »Die Zeit« schrieb vor einigen Jahren einleitend zu einer Artikelserie über die wissenschaftliche Politikberatung in Deutschland zutreffend von einer »Rätorepublik«. Ferner wird der durch die Prinzipien der Gewaltenteilung vorgegebene Grenzzaun zunehmend durch solche Expertengremien überschritten. Hier fallen vor allem die Tendenzen in Richtung einer Entsubstantiierung der Zuständigkeiten der Parlamente auf. Mit Bezug auf solche Tendenzen sind einige Postulate zu beachten, die in dem Gedanken fundiert sind, dass Wissenschaft ihre Macht *modulo* wissenschaftlicher Politikberatung nur erfolgreich ausüben kann, wenn dies unter Beachtung der Forderungen der Transparenz der Verfahren, der Legitimation durch Sachkunde und der Unparteilichkeit der Urteilsbildung geschieht. Bezüglich aller drei Postulate haben wir Deutschen derzeit mit erheblichen Problemen zu kämpfen.

Transparenz der Verfahren

Die Transparenz der Verfahren ist schon dadurch in Frage gestellt, dass die Rekrutierung wissenschaftlicher Beratungsgremien völlig undurchsichtig ist. Die Selektion

tion von Wissenschaftlern durch die Adressaten der Beratung erweckt nun einmal den unabwiesbaren Eindruck von Gefälligkeitsberatung. Hier ist zu fordern, dass die Berufung in solche Gremien nicht durch die Adressaten der Beratung, sondern durch Institutionen der *scientific community* zu erfolgen hat, wobei wir sofort fragen müssen, ob die *scientific community* über diese Institutionen verfügt. Grundsätzlich mögen der Wissenschaftsrat, die Deutsche Forschungsgemeinschaft oder die Akademien der Wissenschaften dazu institutionell und intellektuell in der Lage sein. Es ist jedoch nicht zu erkennen, dass sie für diese Aufgabe generell (abgesehen von Einzelaufgaben wie beispielsweise die Evaluierung von wissenschaftlichen Einrichtungen) in Anspruch genommen werden oder sich zur Verfügung stellen.

Legitimation durch Sachkunde

Hinsichtlich der Legitimation durch Sachkunde ist leider zu bemerken, dass viele Wissenschaftler bezüglich der Definition ihrer eigenen Einschlägigkeit und Sachkunde offenkundig sehr großzügig verfahren. Häufig werden ganze Disziplinen oder Subdisziplinen (wie »Kernphysik«, »Toxikologie«, »Ethik«) als hinreichende Angaben angesehen, die die wissenschaftliche Zuständigkeit (für Themen wie Fusionsforschung, Leukämie in den Elbauen oder Forschung an embryonalen humanen Stammzellen) umschreiben. Das mag für akademische Aufgabenstellungen (etwa die Formulierung der *venia legendi* oder von Stellenbezeichnungen für Universitätsprofessuren) hinreichend genau sein. Für die wissenschaftliche Gesellschaftsberatung müssen jedoch deutlich engere Zuständigkeitsbereiche ausgewiesen werden, und zwar solche, in denen ein Wissenschaftler durch in jüngerer Zeit »höchst-selbst« durchgeführte Forschungen ausgewiesen ist. Es liegt auf der Hand, dass dies weder politische Institutionen (wie Parlamente) noch gesellschaftliche Agenturen (wie Verbände) von Haus aus durch eigene Kompetenz beurteilen können. Daher ist zu fordern, dass die *scientific community* eine kontrollierte Zertifizierung von Einschlägigkeit und Zuständigkeit bezüglich konkreter handlungsrelevanter Problemfelder ausübt. Und auch dafür gibt es bisher in Deutschland keine institutionellen Vorkehrungen. Ein Hindernis für die Wahrnehmung einer solchen Aufgabe liegt in der Pluralität des deutschen Systems wissenschaftlicher Institutionen, die in anderer Rücksicht sicher auch einer seiner Vorzüge ist. Es ist jedoch schwer vorstellbar, dass einem Wissenschaftler von zwei verschiedenen Wissenschaftsinstitutionen eine Zertifizierung für ein begrenztes Fachgebiet einerseits zu- und andererseits abgesprochen wird. Was man hinsichtlich der Qualifikation zum Boxweltmeister als Bereicherung empfinden mag, dass nämlich ein Boxer Weltmeister des einen Verbandes ist und des anderen Verbandes nicht ist, würde in der wissenschaftlichen Politikberatung die Sachautorität der Wissenschaften (weiter) paralysieren. Die Zertifizierungsfrage erzwingt daher mehr als andere Gesichtspunkte (etwa die Vertretung der deutschen Wissenschaft im Ausland) eine institutionelle Kernzuständigkeit einer der bestehenden oder einer zu gründenden Wissenschaftseinrichtung.

An dieser Stelle ist anzumerken, dass die Rede von der »wissenschaftlichen Sachkunde« unterstellt, dass die Wissenschaften an einem »emphatischen« Wahrheitsbegriff festhalten. Damit wird selbstverständlich nicht die Möglichkeit des Irrtums gelehnet. Aber das Rechnen mit dem Irrtum unterstellt bereits, dass eine regulative Idee von Wahrheit das wissenschaftliche Arbeiten leitet und antreibt. Eine Wissenschaft, die sich vom Basisimpuls der Wahrheitssuche verabschiedet, um beispielsweise im Sinne postmoderner Buntheit die (angeblichen) Machtansprüche der Vernunft zu brechen, hat nichts in der Hand, kraft dessen sie noch Anspruch erheben kann, sich gegenüber der Gesellschaft zu Gehör zu bringen. Es ist denn auch eine für die Wissenschaften vitale Aufgabe der Epistemologie und Wissenschaftsphilosophie, den wissenschaftlichen Wahrheitsanspruch angesichts des fallibilistischen Ethos (als methodischer Grundeinstellung), der wissenschaftlichen Toleranz gegenüber abweichenden Meinungen (als Tugend der wissenschaftlichen Interaktion) und des faktischen wissenschaftlichen Fehlverhaltens (als zu ahndendem Regelverstoß) zu verteidigen.

Unparteilichkeit der Urteilsbildung

Bezüglich der Forderung der Unparteilichkeit der Urteilsbildung ist es beispielsweise als besonders skandalös zu bewerten, dass Enquete-Kommissionen des Bundestages – soweit die Wissenschaftlerbank betroffen ist – durch die Fraktionen des Bundestages besetzt werden. Es gibt also CDU-Wissenschaftler, SPD-Wissenschaftler usw. Allerdings sind auch andere Beratungsgremien und -institutionen aufgrund der oben angesprochenen Rekrutierungsverfahren nicht gerade Muster der Unparteilichkeit. Hier sind es nicht in erster Linie politische Parteien, sondern z. B. Konfession, Geschlecht, Repräsentanz wissenschaftlicher Schulen, Lebensform-Orientierung und andere Gesichtspunkte, die die Rekrutierung bestimmen und eine gewisse Parteilichkeit sogar erwarten lassen. Demgegenüber ist es dringend geboten, dass Gremien der wissenschaftlichen Politikberatung bzw. die Wissenschaftlerbänke in Enquêtekommisionen von Seiten der Wissenschaft besetzt werden.

Die Aufgabe der Wissenschaftsorganisationen

Betrachtet man die gegenwärtige Situation der Politikberatung in Deutschland am Maßstab dieser drei Postulate, dann muss man zusammenfassend feststellen, dass es in der deutschen Wissenschaftslandschaft, an einer Institution gebricht, die die Transparenz der Verfahren, die Überprüfung der Sachkunde und die Unparteilichkeit der Urteilsbildung überwacht und im Grenzfall auch durch eine *correctio fraterna* Fehlverhalten ahndet. Das ist jedenfalls der Teil des Problems, der von Seiten der Wissenschaftsorganisationen zu lösen ist. ■

Der vorstehende Beitrag ist eine überarbeitete Fassung von »Probleme wissenschaftlicher Politikberatung in Deutschland«, in: *Newsletter – Akademie-Brief 60* (Januar 2006), hrsg. von der Europäischen Akademie Bad Neuenahr-Ahrweiler, S. 1–3.

March 2016

Camera Austria International 133

With contributions by
Ketuta Alexi-Meskhishvili
Mladen Bizumic
Stephan Keppel
Heidi Specker

Column: Omar Kholeif

Forum
Exhibitions
Books

Published since 1980



Die Nonchalance der Kommission

Technokratie in der Krise

Die Technokratie ist nicht in der Krise, doch die Krise ist die Stunde der Technokratie. Dieser Befund zur Lage nach beinahe fünf Jahren Staatsschuldenkrise in Europa wird von unterschiedlichsten Kommentatoren geteilt. Doch was genau ist eigentlich unter technokratischem Regieren zu verstehen und inwiefern verdient es überhaupt kritische Aufmerksamkeit?

Die Europäische Union zwischen demokratischem Defizit und Regulationsstaat

Europäischer Politik und der Europäischen Union in ihren unterschiedlichen Inkarnationen haftet von je her das Etikett der Technokratie an. Man vermutet eine wuchernde Bürokratie, die von menschgewordenen Aktenordnern um ihrer selbst willen am Laufen gehalten wird. An der Spitze jenes Monstrums steht dem Klischee gemäß eine transnationale Elite – die sogenannten Eurokraten –, die unter der Käseglocke der Brüsseler EU-Welt davon träumen, dass am supranationalen Wesen die europäische Welt genesen könne – notfalls auch gegen den Willen des Patienten. Und wo gegen Bürokratie und Eurokraten polemisiert wird, da liegt der Vorwurf der Technokratie nie fern. Doch ist nicht immer klar, was genau mit diesem Begriff gemeint bzw. problematisiert wird. Ein erster Ansatzpunkt zur Klärung im europäischen Kontext könnte der Zusammenhang zwischen Technokratie und fehlender demokratischer Legitimation sein, was unweigerlich auf das vielbeklagte Demokratiedefizit der EU verweist.

Das demokratische Defizit ist ein Dauerbrenner der EU-Forschung und warum auch nicht? Europäische Institutionen wie die EU-Kommission, der Europäische Gerichtshof oder die Europäische Zentralbank verfügen für sich nur über eine vergleichsweise dünne demokratische Legitimation. Dagegen war diejenige europäische Institution, die man zunächst einmal für das wichtigste Glied in der demokratischen Legitimationskette halten könnte, nämlich das Europäische Parlament, über viele Jahre ein Schatten seiner selbst und hat erst mit den Reformrunden seit Anfang des neuen Jahrtausends eine robustere Kompetenzzustattung erhalten – aber nach wie vor etwa kein Initiativrecht im normalen Gesetzgebungsverfahren. Im Lichte dieser institutionellen Konstellation erscheint das Problem der Technokratie zunächst einmal als Gefahr der Verselbständigung

bürokratischer Apparate gegenüber einem schwachen Parlament als einzig demokratisch legitimierter Gewalt.

Doch insbesondere Vertreter des sogenannten Intergouvernementalismus haben der Eiferung über ein vermeintliches Demokratiedefizit, das sich vor allem in der Schwäche des Parlaments manifestiere, nüchtern die Zustände auf nationaler Ebene entgegengehalten. Schließlich werde auch hier schon längst die Lyrik parlamentarisch repräsentierter Volkssouveränität von der rauen Prosa zunehmender Exekutivlastigkeit und der faktischen Verschiebung der Politikinitiative in die Ministerialbürokratie übertönt. Wichtiger sind aber zwei weitere miteinander verknüpfte Argumente: Nicht das Europäische Parlament, sondern der Europäischen Rat aus gewählten Staats- und Regierungschefs bzw. Regierungsmitgliedern sei das wichtigste Glied der demokratischen Legitimationskette, denn jene seien schließlich vollumfänglich durch Wahlen ihrer Bevölkerung legitimiert. Solange zweitens nur eng begrenzte Kompetenzen in politisch unsensiblen Bereichen an Institutionen wie EZB und Kommission delegiert würden, sei das Handeln dieser Institutionen ausreichend legitimiert und zwar indirekt über ihre Rückbindung an den Europäischen Rat.

Man könnte dies als Versuch interpretieren, die post- bzw. prädemokratischen Zustände auf europäischer Ebene schönzureden, doch es gibt auch eine Version des Arguments, die offensiv versucht, aus der Not der Herrschaft schwach legitimierter Institutionen die Tugend des Regulationsstaat zu machen. Giandomenico Majone hat wie kein anderer seit Mitte der 1990er Jahre die Vorzüge delegierter Entscheidungskompetenzen an ›nicht-majoritäre‹ Institutionen hervorgehoben. Nicht nur die in jenen Apparaten akkumulierte Expertise werde in einer Welt hypertropher Komplexität zur kostbaren Ressource; das gleiche gelte für die Effizienz der Entscheidungsfindung im Vergleich zu Institutionen, in denen nationale oder Parteiinteressen Willensbildungsprozesse verzögerten. Doch vor allem läge die Delegierung von Regulierungskompetenzen etwa im Hinblick auf die Regeln des Wettbewerbs im Gemeinsamen Markt an jene ›nicht-majoritären‹ Institutionen im ureigenen Interesse der nationalen Demokratien, da sie sich als souveräne Akteure nur dann effektiv gegenseitig auf bestimmte Regeln verpflichten können, wenn deren Überwachung und Durchsetzung einer externen und unparteiischen Instanz übertragen wird. Sicherlich bestünde auch die Gefahr einer Verselbständigung dieser so ermächtigten Instanzen, doch schließlich gäbe es auch diesseits der Legitimation durch demokratische Wahlen Möglichkeiten, Institutionen wie die Kommission oder die EZB bestimmten Rechenschaftspflichten im Hinblick auf ihre spezifischen Aufgaben zu unterwerfen und gegebenenfalls zur Verantwortung zu ziehen. Von normativ entscheidender Bedeutung ist aber, dass nur *regulatorische* Politikbereiche diesen ›ungewählten‹ Institutionen überantwortet werden. Regulatorische Politik zeichne sich dadurch aus, dass sie nicht-redistributiv und einzig an Pareto-Effizienzsteigerung orientiert ist: Die Durchsetzung bestimmter EU-weiter Produktstandards oder eine EZB-Politik

der Geldwertstabilität sollen niemanden schlechter, aber möglichst viele und zumindest einen der Beteiligten besser stellen. Aufgrund dieser spezifischen Beschaffenheit regulatorischer Politik erfordere sie nicht in gleichem Maße direkte demokratische Legitimation wie redistributive Politik, da sich erstens ein Pareto-Optimum wissenschaftlich präzise bestimmen lasse und dieses zweitens im Unterschied zu Umverteilungspolitik keine Gewinner und Verlierer produziere.

Mission Creep und wissenschaftliche Politik – Technokratie gegen die Krise

Doch falls es jemals eine Politik gegeben haben sollte, die aufgrund ihrer rein regulatorischen Effekte keine Verlierer produziert, so ist es jedenfalls nicht die Politik, die etwa von EZB und Kommission in Reaktion auf die Staatsschuldenkrise betrieben wird. Die EZB mit ihrem eng umgrenzten Mandat der Preisstabilität, dessen Einhaltung leicht zu überwachen sein sollte, galt Majone als Paradebeispiel gelungener Regulationspolitik. Doch in dem Moment, als die Kaskade an drohenden Staatspleiten die Existenz des Euros ernsthaft bedrohte, verwandelte sich dieses scheinbar klar definierte Mandat zu einem Blankoscheck; ein klassisches Beispiel für das, was man im Militärjargon *Mission Creep* nennt: Die Zentralbank werde zur Sicherung des Euros tun »whatever it takes«, sagte Mario Draghi 2012 – und diesen Worten folgten Taten: Die EZB lässt bei säumigen Regierungen, die sich gegen die berüchtigten ›Strukturreformen‹ sträuben, die Peitschen knallen, indem sie zumeist erfolgreich damit droht, die Geldhähne zuzudrehen. Gleichzeitig gewährt sie Ländern wie nicht zuletzt Griechenland durch Anleihekäufe, die mit den Buchstaben der EU-Verträge kaum vereinbar sind, dringend benötigte Atempausen und stärkt nebenher noch durch die gezielte Abwertung des Euro die Exportsektoren der europäischen Volkswirtschaften, wohingegen etwa Versicherungen und Sparer durch die Niedrigstzinspolitik schlechter gestellt werden. Wenn es eine Politik gibt, die weder nicht-redistributiv noch in ihrem Mandat eng begrenzt ist, dann ist es die der EZB.

Doch mit der Verselbständigung von bürokratischen Apparaten ist nur die eine Seite der Technokratie beschrieben. Die andere wird deutlich, wenn man sich beispielsweise die Länderberichte ansieht, die die Europäische Kommission seit der Verabschiedung des sogenannten ›Six Pack‹ im Jahre 2011 verfasst, in denen die Gefahren (potenzieller) makroökonomischer Ungleichgewichte bewertet werden. Auf rund 100 Seiten werden hier Ist- und Soll-Zustand der jeweiligen Volkswirtschaft von der Lage bei den öffentlichen Finanzen über Lohnstückkosten und die Entwicklungen im Immobiliensektor bis hin zu Defiziten bei der Corporate Governance abgeglichen, um dann detaillierte Reformvorschläge auszubreiten, die zwar erst mit der Einleitung der sogenannten *Excessive Imbalance Procedure* bindend und unter Umständen auch sanktionsbewährt werden, die aber auch schon davor mehr sind, als unverbindlich-freundliche Denkanstöße in Sachen Wirtschaftspolitik.

Entscheidend ist hier aber die Nonchalance, mit der Diagnose und Therapie formuliert werden: Was hier empfohlen wird, sind dem politischen Meinungskampf entobene, weil wissenschaftlich verbürgte Rezepte, die vielleicht nicht alternativlos sind – doch die Alternativen zu verfolgen, wäre nichts anderes als wirtschaftspolitische Verblendung; als ob die im Gefolge der Finanzkrise doch ohnehin in ihrem Erklärungsanspruch in Frage gestellten Wissenschaften von Politik und Ökonomie für die Vielzahl von wirtschaftlichen, politischen und sozialen Fragen, die in den Länderberichten aufgeworfen werden, tatsächlich konsensfähige Antworten bereithielten. Dies ist der Kern der technokratischen Regierung Europas von den Maßnahmen der EZB über die Reformempfehlungen der Kommission bis hin zu den Schuldenbremsen des Fiskalpakts: Fragen, die im doppelten Sinne politisch sind, nämlich insofern sie Gegenstand anhaltender wissenschaftlicher Kontroversen sind und Lasten und Vorteile zwischen Individuen und Gruppen neuverteilen, werden umgedeutet zu technischen Fragen, die sich auf der Grundlage wissenschaftlicher Expertise zum Wohle aller entscheiden lassen. Falls es nicht gelingt, diese Umdeutung rückgängig zu machen, droht Europa eine politisch-demokratische Krise, die in ihren Verwerfungen den Vergleich mit der bisherigen Krisenchronik nicht fürchten müssen wird. ■

Neu bei Campus



Fromme Muslime, so steht es in einem Koranvers, sind »Gott näher als der eigenen Halsschlagader«. Sie verstehen das Diesseits nur als Übergangsstadium zum ewigen Leben und versuchen die Gebote Gottes im Alltag einzuhalten. Über dieses konservative Segment des deutschen Islams, das oft als fundamentalistisch eingestuft wird, existiert nahezu kein verlässliches Wissen. Susanne Schröter hat drei Jahre lang in Wiesbadener Moscheegemeinschaften geforscht und gibt einen einmaligen Einblick in das Leben und die Gedankenwelten streng gläubiger Muslime. Auch zeigt sie, mit welchen Programmen eine ganz normale deutsche Stadt sich seit Jahrzehnten um Integration bemüht.

2016 · 402 S. · € 34,95 · ISBN 978-3-593-50542-8



Ähnlich wie Literatur, Plakat und Film sind Kriegsspiele Echo wie Lautsprecher von Kriegsbegeisterung und -hetze: Je näher der Krieg rückte, desto mehr wurde auch in den Kinderzimmern aufgerüstet, das Publikum auf Vaterlandstreue eingeschworen. In diesem Band widmen sich international bekannte Spieleforscher dem Verhältnis von Kriegspropaganda und Spiel. Sie analysieren militärische Gesellschaftsspiele von der Mitte des 18. Jahrhunderts bis zur Gegenwart und machen – in einem umfangreichen Bildteil – seltene Spiele und ihre Regeln erstmals zugänglich. Angesichts zunehmender Virtualisierung und Gamifizierung von Krieg erscheint das Thema heute aktueller denn je.

Mai 2016 · Ca. 400 S. · Mit ca. 210 Farbabbildungen
Ca € 29,95 · ISBN 978-3-593-50563-3



campus.de

campus

Frankfurt. New York